

Ein Jahr danach

Auf der Suche nach Fragen und Antworten zur Wende in der DDR

Horst Lange, Berlin, und Uwe Matthes, Leipzig

Der Zusammenbruch der DDR ...

Lange Zeit war Politik im »ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden« etwas genau Vorhersehbares und exakt Einstudiertes. Überraschungen bildeten die Ausnahme. Qualitative Sprünge gab es kaum. Wendungen und Halbwenden, wie z. B. die nach der Machtergreifung Honeckers 1971, vollzogen sich nur in Zeiträumen von Jahrzehnten. Kam es dennoch zu Auseinandersetzungen über die strategischen Linien der Politik, so fanden diese – bis auf wenige Ausnahmen – unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Organisierte politische Opposition war lediglich im Status der Illegalität denkbar.¹ Selbst das oppositionelle Denken in den Reihen der führenden Partei wurde mit einer Vielzahl von differenzierten Methoden unterdrückt.²

Eine durch ihre (strukturell bedingte³) intellektuelle Mittelmäßigkeit hervorsteckende, kleine politische Elite beherrschte das gesamte öffentliche Leben. Sie stützte sich dabei auf einen überdimensionalen bürokratischen Verwaltungs- und Machtapparat sowie die scheinbare Einbeziehung großer Teile der Bevölkerung⁴ in den gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß (»Pseudodemokratieeffekt«). Die Schalthebel der Macht aber waren stets in den Händen der gleichen Personen. Über die alltäglichen Rituale hinaus vermochte eine solche Politik (bei durchaus vorhandener partieller Zustimmung letztlich die Mehrheit des Volkes, ja sogar die Mehrheit der Parteimitglieder kaum zu erreichen. Auch die ursprünglich durchaus ehrenwerten Motive, mit denen man beim Aufbau der DDR antrat, waren auf Dauer kein Ersatz dafür, daß die Gesellschaft immer mehr zum Eigentum einzelner verkam. Nach feudalem Muster⁵ entschieden die politischen Fürsten, was für ihre Untertanen (»unsere Menschen«) gut war und was nicht. Die SED-Führung schickte sich in völliger Verkennerung der tatsächlichen ökonomischen Zusam-

menhänge sogar an, die Rolle des Geldes zu übernehmen und buchstäblich alle Angelegenheiten der Gesellschaft zentral zu »regeln«. Dennoch bleibt auch der Fakt, daß die so strukturierte Gesellschaft für viele Menschen über lange Zeit zu funktionieren schien. Ein Schein, der bei den Herrschenden sicher die Illusion der Rechtmäßigkeit ihrer Macht zu nähren vermochte.

Nun ist dieses auf beiden Seiten der Mauer für unerschütterlich gehaltene Kartenhaus zusammengefallen. Mit dem 3. Oktober 1990 hat die DDR auch als völkerrechtliches Subjekt aufgehört zu existieren. Das Volk, ihr eigentlicher Souverän, hat sich – von den Umständen getrieben – seiner Kraft erinnert. Die Massen haben, zum eigenen und zum Erstaunen der Welt, mit anscheinend spielerischer Leichtigkeit alle Verhältnisse umgeworfen, in denen sie ein von der Wiege bis zur Bahre zwar sozial abgesichertes, aber entmündigtes Dasein führten.

Wieder müssen in Deutschland Trümmer beiseite geräumt werden. Der eingetretene Schaden liegt heute bei allen ernsthaften wirtschaftlichen und ökologischen Problemen mehr im Ideellen als im Materiellen. Dazu gehört auch das Mißtrauen zwischen den ehemaligen DDR-Bürgern sowie das zwischen ihnen und

1 Vgl. u. a. H. Lange/B. Okun: »Schulverbot für Marx?« in: Geschichte und Gesellschaftskunde Heft 5/1990, S. 396 ff.

2 Anhand von Unterlagen einer Kreisleitung der SED und Dokumenten der ihr vorgesetzten Bezirksleitung wird derzeit von R. Kunert, U. Matthes und J. Saueremann (alle Univ. Leipzig) versucht, die dabei angewandten Mechanismen zu erellen.

3 Hierunter verstehen wir die vorherrschende Art und Weise der Reproduktion »leitender Kader« der SED, welche u. E. insbesondere durch die starke »Einkanalrekrutierung« über den Karriereweg FDJ-Funktionär und vergleichsweise geringe Disponibilität gekennzeichnet war.

4 So gehörten Mitte der achtziger Jahre von den über 18jährigen Bürgern über 20% der SED oder einer Blockpartei an, zahllose weitere Bürger waren in den verschiedensten Massenorganisationen Mitglied.

5 Vgl. u. a. A. Meier: »Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft«. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zum »Parlament«, B 16–17/1990, S. 3 ff.

ihren neuen Mitbürgern im Westen Deutschlands.

... als Ausdruck der allgemeinen Krise des Sozialismus

Eine Folge von 40 Jahren »realem Sozialismus« bleibt die Diskreditierung des Sozialismus als Gesellschaftssystem. Ist doch das, was in der DDR (und anderswo) in die letzte Krise seiner Existenz geriet, mehr als nur die fehlerhafte Politik einiger weniger auswechselbarer Leute. Es war die seit 1917 existente, sich mit Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution verschärfende, durch die Politik Gorbatschows öffentlich werdende, spezifisch deutsche Ausformung der allgemeinen Krise des realsozialistischen Gesellschaftssystems. Ohne eine vorschnelle Antwort geben zu wollen, besteht u. E. das Wesen dieser allgemeinen Krise in der Verbindung zweier Systemdefekte. Zum einen ist es dem Sozialismus als Gesellschaftssystem nicht gelungen, einen ökonomischen Mechanismus hervorzubringen, welcher mindestens genauso effizient ist wie der in westlichen Staaten und der zugleich auf die politischen und ökologischen Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft effektiver zu reagieren vermag. Aus diesem strukturellen ökonomischen Defizit folgte das zweite Systemdefizit, der politische, ökonomische und soziale Dirigismus in seinen verschiedenen sich durchmischenden Formen (von stalinistischer Diktatur bis zu umsorgender Sozialpolitik).

Der Philosoph Michael Brie beschrieb – noch unter dem Eindruck des Herbstes 89 stehend – die Grundstruktur dieses Gesellschaftssystems so: »... *wachsende Konzentration aller entscheidenden Eigentümerfunktionen, aller wichtiger Machtpositionen, aller wesentlicher geistiger Kräfte der Gesellschaft im administrativen Zentrum des Staates und der Staatspartei einerseits und ... die Enteignung der Werktätigen um genau diese Funktionen und Kräfte andererseits.*« Brie formuliert weiter: »... *alle Versuche (1953, 1956, 1961, 1968, 1971, 1985, 1989), diesen Wirkungsmechanismus zu durchbrechen, (haben – d. A.) nach einer stets schwächer werdenden Periode partiellen Fortschritts in eine noch tiefere ... und ausweglosere Krise geführt*«⁶.

In vielen aktuellen Diskussionen wird daher verstärkt die Frage nach den einstmaligen und heutigen historischen Chancen des Sozialismus gestellt. Eine Frage, die auch im Rahmen der sich nicht einfach gestaltenden⁷ Umorientierung der DDR-Forschung zu diskutieren sein wird. Dazu muß man u. E. feststellen, heute ist der Punkt erreicht, wo der reale Sozialismus auf sein Ideal zurückfällt. Die Zukunft der Menschheit ist so gesehen wieder offen, die Geschichte beginnt auf neue Art und Weise spannend zu werden.

Aufarbeitung statt Verdrängung

In dieser Situation steht das gesellschaftstheoretische Denken vor einer riesigen Aufgabe. Hinzu kommt, heute rasen wir geradezu durch die Zeit. Der Rausch der Ereignisse attackiert wie selten sonst nüchternes Denken und Tun. Die neugewonnenen Sicherheiten im Umgang mit der Zukunft gehen mit neuen Unsicherheiten im Umgang mit der Vergangenheit einher. In der gerade aufgelösten DDR tat man sich schwer, wirkliche Trauerarbeit zu leisten. In der nicht mehr alten und noch nicht neuen Bundesrepublik fällt es nicht leicht, die Vergangenheit der Mitbürger aus dem Osten des Landes zu begreifen. Oberflächliche Erklärungen fassen so Fuß und geben dem am 3. Oktober keineswegs abgeschlossenen Einigungsprozeß ein seltsames Gepräge. Das Machtgerangel der alten, neuen-alten und neuen Parteien unterstützt diese Tendenz zusätzlich. In einer derartigen Situation steht die Verdrängung der Vergangenheit auf der Tagesordnung.⁸ Dagegen gilt es gerade in den Tagen, in denen sich die Revolution in der DDR zum erstenmal jährt, anzutreten.

Dieses Jubiläum ruft im In- und Ausland Kommentatoren jeglicher Weltsicht und Profession auf den Plan. Während die kurz- und mittelfristigen Folgen des vergangenen Herb-

6 M. Brie: »Die Wende«. In: Sonntag, Nr. 45/1989, S. 2.

7 Vgl. U. Matthes: »Die DDR-spezifische Mentalität wird weiterleben«. In: Das Parlament, Nr. 27 vom 29. Juni 1990, S. 9. H. Lange: »Beteiligung an einer Beerdigung?« in: Geschichte – Erziehung – Politik, Heft 3/1990, S. 281 ff.

8 Vgl. u. a. F. Schumann: »Wer heute so laut schreit, soll sagen, was er früher tat. Interview mit Christoph Hein.« In: Junge Welt vom 12. Dezember 1989, S. 5.

stes erkenn- und erlebbar sind, scheint es um die Suche nach den Ursachen für diese Entwicklung immer stiller zu werden. Wo diskutiert wird, bestimmen individuelle theoretische Reflexionen den meist akademischen Disput. Auf breitem wissenschaftlichen Konsens basierende Analysen stehen dagegen nach wie vor aus.

Deshalb sollen erneut Fragen gestellt werden, die – obwohl nicht unbedingt originär – bislang eher oberflächlich oder stereotyp beantwortet wurden.⁹ Möglicherweise können neue Sichten auf diese Fragen, neue Überlegungen zu den angedachten Problemen nicht ausschließlich durch einzelne Wissenschaftler oder Akteure gegeben werden. Wir werden uns deshalb im folgenden auf ein dokumentarisches Material stützen¹⁰, dessen Bedeutung gerade im Querschnitt der verschiedenen Meinungen von Vordenkern und Initiatoren des Auf- und Umbruches in der DDR besteht.¹¹ Bei der Sammlung des Materials ging es uns nicht darum, Porträts einzelner exponierter Persönlichkeiten zu zeichnen.¹² Unser Anliegen bestand vielmehr darin, Vordenker und Akteure der Wende aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, welche sich auf unterschiedlichen Wirkungsebenen engagierten und engagieren, vornehmlich ereignisorientiert zu befragen.

Ursachen der Wende lagen nicht nur in der DDR

Angeichts der Tatsache, daß in den letzten 15 Jahren fast alle Diktaturen – rechte wie linke – zerbrachen, ist die Frage nach den Ursachen des Sturzes der Honecker-Administration schon fast trivial. Als Antwort hört und liest man oft, die Ursache hierfür sei dieses Regime selbst. Damit läßt sich aber kaum erklären, warum der Zusammenbruch gerade 1989 kam und nicht schon früher. Auch andere Antworten haben nur einen begrenzten Erklärungswert. So z.B. die Aussage, 1989 habe in der DDR eine ökonomische und politische Krise bestanden, welche so schwerwiegend war, daß das System einfach an ihr zugrunde gehen mußte. Und auch die Antwort, die Menschen hätten dieses System nicht länger ertragen wollen, trifft nur partiell zu und läßt sich für die

Mehrheit der DDR-Bevölkerung (selbst, wenn dies viele Menschen heute nicht mehr wahrhaben wollen) empirisch nicht ohne weiteres belegen.

Wie sich zeigt, lassen sich auf diese erste gestellte, scheinbar naive Frage keine wirklich schlüssigen ad-hoc-Antworten finden. Die von uns Befragten gaben auf die Frage nach den Ursachen des Herbstes 1989 in der DDR in der Regel mehrere Antworten. Am häufigsten wurden dabei die folgenden formuliert:

- die Entwicklung in der Sowjetunion und in den anderen osteuropäischen Ländern seit Beginn der achtziger Jahre sowie die Verweigerungshaltung der SED-Führung gegenüber dieser Politik;
- das Versagen der Politik der SED (speziell ihrer Führung) in ihrer Gesamtheit;
- das Anwachsen des kritischen Bewußtseins der DDR-Bürger;
- die Entstehung einer politischen Opposition im Rahmen der Menschenrechts- und Ökologiebewegung;
- der desolatte Zustand der DDR-Wirtschaft und die mangelnden Möglichkeiten und Fähigkeiten der Erhöhung ihrer Produktivität und Effektivität;
- der offenkundige Wahlbetrug vom 6. Mai 1989;
- die immer stärker werdenden Repressalien des Staates gegenüber berechtigter Kritik von Bürgern und Bürgerbewegungen;

9 Ausnahmen bilden hier, neben den bereits zitierten Arbeiten, Abhandlungen wie z. B.: J. Habermas: Die nachholende Revolution. Frankfurt am Main 1990. E. Neubert: »Eine protestantische Revolution«. In: Deutschland Archiv, 5/1990, S. 704 ff.

10 Dieses Material wurde von den Autoren in Gestalt von Video-Interviews zusammengetragen und kann beim Produzenten (Institut für Film, Bild und Ton, Berlin 1120, Krausenstraße 9/10, unter dem Titel »Umbruch in der DDR – Zeitzeugen« in einer für wissenschaftliche Zwecke geeigneten Langfassung (insgesamt 18 Interviews mit einer Gesamtlänge von zirka 12 Stunden) und einer für die politische Bildung gedachten Kurzfassung bestellt werden.

11 Befragt wurden in der Zeit vom 21. Februar bis 17. März 1990 Michael Arnold, Tatjana Böhm, Rainer Eppelmann, Bischof Dr. Gottfried Forck, Dr. Gregor Gysi, Klaus Höpcke, Walter Janka, Martin Kirchner, Prof. Dr. Jürgen Kuczynski, Prof. Dr. Bernd Okun, Gerd Poppe, Friedrich Schorlemmer, Prof. Dr. Dieter Segert, Dr. Wolfgang Ullmann, Dr. Christine Weiske, Konrad Weiß, Prof. Dr. Dieter Wittich und Dr. Peter F. Zimmermann.

12 Vgl. hierzu G. Gaus: Zur Person. Berlin 1990.

- die immer unerträglicher werdenden monopolisierten Medien und die zunehmende politische Zensur;
- das Entstehen einer massenhaften oppositionellen Strömung an der SED-Basis sowie beginnende Auflösungserscheinungen in der Partei- und Staatsbürokratie.

Sehen wir hier von der unterschiedlichen individuellen Bewertung einzelner Ursachen für den Auf- und Umbruch der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR ab, so folgt, als Ursache für die Wende, ein Komplex von ökonomischen, politischen, sozialen, sozial-psychologischen und ökologischen, historisch gewachsenen Widersprüchen sowie deren deutsche und internationale Vernetzung. Zukünftiger Forschungsarbeit kommt es zu, diesen Komplex von widersprüchlichen Entwicklungen aufzuheben. Schon jetzt muß aber vor monokausalen Erklärungen gewarnt werden – beispielsweise vor dem Trend, die innerdeutschen bzw. außenpolitischen Determinanten des Umbruchs in der DDR generell oder dadurch herunterzuspielen, indem man sie auf die Rolle der Perestroika reduziert. In diesem Zusammenhang ist die Auffassung des Leipziger Theologen Peter F. Zimmermann, einem der »Leipziger sechs«, die maßgeblich dazu beitrugen, bei der Montagsdemonstration vom 9. Oktober ein Blutbad zu verhindern, interessant. Den Autoren sagte er: *»Ich denke, wir haben auch die politischen Wirkungen, die von außen in dieses Land hineingekommen sind, unterschätzt. Wir haben uns vorgestellt, daß alle die Entwicklung in der DDR freundlich und neutral betrachten. Das war eine Illusion, die wahrscheinlich aus dem gesamtstaatlichen Provinzialismus der letzten Jahre miterwachsen ist.«*¹³

Anknüpfend an Zimmermanns Aussage kann man vielleicht zuspitzen: Der Auf- und Umbruch in der DDR wurde gleichermaßen durch innen- wie außenpolitische Ereignisse hervorgerufen; sein Verlauf ebenso stark durch innere wie äußere Ereignisse beeinflusst. Zu den entscheidenden äußeren Determinanten gehörten u. E. der globale Zusammenbruch des von Moskau dominierten Staatenbundes und der im Vergleich zu anderen Staaten relative und absolute Einfluszuwachs der Bundesrepublik.

In diesem Zusammenhang erscheint uns auch interessant, daß das mehr oder minder große Verkennen der DDR-externen Determinanten des Umbruchprozesses zunächst ein Kennzeichen aller direkt an der Volkerhebung beteiligten DDR-Akteure war. Für den weiteren Verlauf der Ereignisse (etwa ab Ende November 1989) behaupten wir, zugegebenerweise hypothetisch, es galt, je eher eine Gruppe von Gestaltern der Revolution die Bedeutung der außenpolitischen Komponente erkannte, desto größer war ihre Chance, diese Komponente zu nutzen und sich dadurch Verbündete und schließlich »Vorteile« gegenüber anderen alternativen Akteuren »zu verschaffen«.

»Wenn einem auch noch das Weinen verboten werden soll...«

Bevor auf die einzelnen Revolutionsakteure eingegangen wird, sei jedoch auf die enge Verquickung von sich lang- und mittelfristig herausbildenden Ursachen für den Umbruch und »Auslösern« für die Art und Weise sowie die Geschwindigkeit, mit der er sich vollzog, verwiesen. Auch dieser Verweis erfolgt durch den Mund eines der Avantgardisten der Revolution. Gefragt nach dem Mechanismus, der passives, wenn auch mit stiller Opposition versetztes, Verhalten der Bevölkerung in Aktivität umschlagen ließ, antwortete Friedrich Schorlemmer: *»Der Widerspruch bestand darin, daß der Aufbruch gerade durch die gekommen ist, die ihn nicht gemacht haben, weil sie weggegangen sind. Es war plötzlich alles so egal. Wenn die alle weggehen, bricht hier alles zusammen. Wir können aber doch nicht alle weggehen, weil dann noch mehr zusammenbricht. Und dazu diese tiefe Beleidigung, die in Wut umschlug, als man regierungsamtlich verkünden ließ, man solle denken, die da weggehen, keine Träne nachweinen. Also, wenn jemandem auch noch das Weinen verboten werden soll, dann ist wirklich Schluß. Ich glaube, daß das ein ganz tiefer Grund war, neben allen ökonomischen und anderen Problemen.«*¹⁴

13 A. a. O. Interview Zimmermann (Leipzig, 26. 2. 1990).

14 A. a. O. Interview Schorlemmer (Wittenberg, 6. 3. 1990).

Wer waren die Akteure der Revolution?

Wer waren die sozialen und politischen Gruppen, die den Ereignissen des Herbstes die Impulse verliehen? Die auch heute noch auf diese Frage am häufigsten zu hörende, aber ob ihrer Undifferenziertheit für die wissenschaftliche Analyse fast unbrauchbare Antwort darauf lautet in Anlehnung an die wohl populärste Losung dieser Zeit: »das Volk«. Auch hier vermochte die Mehrzahl der von uns Befragten erheblich zu differenzieren. Die Antworten auf die Frage nach dem Hauptakteur der Wende in der DDR reichten von der Benennung einer Person (Gorbatschow) über die Hervorhebung einzelner Oppositionsgruppen (Neues Forum, Demokratie jetzt) oder bestimmter sozialer Gruppen (junge Intelligenz und deutsche Facharbeiter) bis hin zu kompliziert strukturierten kollektiven Subjekten (Oppositionsbewegung). Auch hierzu einige Meinungen der von uns Interviewten:

Gregor Gysi: *»Einen Hauptakteur kann ich nicht benennen. Es gab viele Akteure, auch Hauptakteure, es fällt mir wirklich schwer, nur einen zu nennen.«¹⁵*

Bernd Okun: *»Es gab einen passiven und einen aktiven Akteur der Wende. Der passive war die SED selber. Sie war so zum Mittelmaß und zur Kulturlosigkeit in ihrer Politik herabgesunken, daß sie ihren eigenen Untergang kontraproduktiv betrieb. Aber diejenigen, die dann den positiven Anstoß gaben, das waren für mich die Bürgerbewegungen.«¹⁶*

Konrad Weiß: *»Der entscheidende Akteur der Wende war das Volk, aber aufgerufen zur Wende wurde es von den oppositionellen Bürgerbewegungen. Ich sehe ein ganz großes Verdienst des Neuen Forums darin, für viele Menschen durch die . . . Möglichkeit einer Unterschrift diesen Akt der persönlichen Emanzipation eingeleitet zu haben.«¹⁷*

Friedrich Schorlemmer: *»Ich denke, es war ein Flächenbrand. Wer der entscheidende Akteur war, kann ich nicht sagen. Man kann nicht sagen, es gab einen entscheidenden Akteur, nein. Die Kulturschaffenden haben viel getan, die Kirche, die Basisgruppen und das Volk, das plötzlich seiner selbst bewußt wurde. Also doch, es war das Volk, das es gewagt hat . . ., und die*

Synode war es auch . . . Also gewissermaßen ist es eine kollektive Kraft gewesen.«¹⁸

Angeregt durch diese Einschätzungen vermuten wir, daß sich die Hauptakteure der Umgestaltung in der DDR weder mit Hilfe eines Rechts-Links-Spektrums noch mittels tradierter Klassen- und Schichtmodelle ohne weiteres unterscheiden lassen. Wenn diese Annahme richtig ist, muß sofort gefragt werden, nach welchen Merkmalen man die Akteure der Revolution vom Herbst unterscheiden kann.

In diesem Sinne gruppenbildend waren u. E. in erster Linie bestimmte weltanschauliche und politische Haltungen, Werte, Einstellungen und Ideale, die sich vermutlich in längeren Zeiträumen herausgebildet haben und durch innenpolitische und außenpolitische Ereignisse bei den Vorkämpfern für die Wende in den achtziger Jahren (eine gewisse Ausnahme bildet hier die »Initiative für Frieden und Menschenrechte«, welche zwar schon vorher existierte, aber deren Strategie ebenso von den Ereignissen der achtziger Jahre wesentlich verändert wurde) bei der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der DDR im Verlauf des Jahres 1989 mobilisiert wurden. Lange Zeit blieben diese Veränderungen jedoch relativ unberücksichtigt. Die offizielle DDR wollte und konnte jenen von der Masse vollzogenen Wertewandel, welcher letztlich bei vielen zum stillen Abschied vom DDR-Sozialismus wurde, nicht erkennen. Im Westen wußte man zwar um die zwei politischen Kulturen¹⁹, vermochte aber (auch bedingt durch Erklärungsmuster wie das von der »Nischengesellschaft«) die Sprengkraft der inoffiziellen politischen Kultur nur schwer abzuschätzen. Für die kritischen Sozialwissenschaftler in der DDR stellte sich das Bild, auf das, oder der Spiegel, in den sie schauten, wie folgt dar: Die Bevölkerung lebte in einer oft selbst miterzeugten sozialen Schizophrenie. Im damaligen Selbstverständnis waren viele weder »Widerstandskämpfer« noch »Mitläufer«. Vielmehr war das »Mitma-

15 A. a. O. Interview Gysi (Berlin, 17. 3. 1990).

16 A. a. O. Interview Okun (Leipzig, 26. 2. 1990).

17 A. a. O. Interview Weiß (Berlin, 1. 3. 1990).

18 A. a. O.

19 Vgl. R. Rytlewski: Politische Kultur in der DDR. Stuttgart, Berlin, Köln 1989.

chen« oft auch mit opportunistischem Protest verbunden. Einem Protest, der es erlaubte, den »realen Sozialismus« durchaus kritisch zu sehen, ohne ihn existentiell in Frage stellen zu müssen. Das wiederum ermöglichte eine wohlthuende Distanz gegenüber der offiziellen Politik und eine partielle Ruhigstellung des vorhandenen Zweifels.

Welche Werte und politischen Einstellungen waren es, die zur Konstituierung der verschiedenen Revolutionsakteure maßgeblich beitrugen? (Die nachfolgende, keineswegs vollständige Aufzählung ist sowohl Resultat der Videogespräche wie auch aus anderen Materialien [z. B. Lage- und Stimmungsberichten von SED-Genossen an ihre Kreisleitung] »herausgefiltert«. Inwieweit sie repräsentativ ist, muß durch zukünftige Forschungsprojekte ermittelt werden.)

Als für die jeweils verschiedenen Akteure maßgebliche politische Einstellungen können angesehen werden:

1. die mehr oder minder vollständige Übereinstimmung mit der Politik der SED-Führung;
2. die weitestgehende Ablehnung der Politik der Honecker-Administration verbunden mit dem Glauben an die Reformfähigkeit des Sozialismus;
3. die Überzeugung von der Möglichkeit, eine gesellschaftliche Ordnung zu errichten, welche humaner als der bisherige Sozialismus, aber auch als der bislang gelebte Kapitalismus ist;
4. die Einstellung, daß der Sozialismus eine Sackgasse darstellt, nicht reformfähig und -würdig ist;
5. die Überzeugung, daß eine entscheidende Verbesserung der politischen und sozialen Lage nur durch die schnelle Vereinigung beider deutscher Staaten und damit durch die Übernahme der gesellschaftlichen Verhältnisse der Bundesrepublik möglich ist.

Diese Motive, Haltungen und Einstellungen waren u. E. viel wesentlicher für die zunächst informelle und schließlich organisatorische Vernetzung von Individuen und Gruppen zu Bürgerbewegungen, Parteien u. a. politischen

Organisationsformen als die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht, ein spezifischer Bildungsgrad usw. Entsprechend diesen politischen und weltanschaulichen Grundhaltungen kann man u. E. die Hauptakteure in der Revolution vom Herbst '89 in folgende Gruppen unterteilen (Hauptakteure in einer Revolution sind natürlich auch immer die Kräfte, welche sich gegen die Veränderung des überkommenen Gesellschaftszustandes stemmen):

- a) system- und administrationskonforme Kräfte²⁰;
- b) administrationsablehnende, systemreformerische Kräfte;
- c) systemablehnende Kräfte, die sich für einen neuen Typ von demokratischer und ökologischer Gesellschaft einsetzten, für eine Gesellschaft, die weder »realsozialistisch« noch »realkapitalistisch« sein sollte;
- d) Kräfte, die für den Aufbau des konkurrierenden Gesellschaftssystems (soziale Marktwirtschaft, westliche Demokratie) in der DDR eintraten.

Interessant ist, wann welche Gruppierung, in welchen informellen oder organisatorischen Formen entstand und wie sie sich unter Einfluß welcher Determinanten (auf eine, die äußere, wurde oben bereits verwiesen) entwickelte und somit in den einzelnen Phasen der Revolution auf diese Einfluß nahm. Dabei gehen wir von folgender zeitlicher Periodisierung aus: 1. 1985 bis Frühjahr 1989; 2. Mai 1989 bis Anfang September 1989; 3. Mitte September 1989 bis 9. November 1989; 4. 10. November 1989 bis Mitte Januar 1990; Mitte Januar 1990 bis 18. März 1990; 19. März 1990 bis 3. Oktober 1990.

Sowohl die genannten Fragen wie die vorgeschlagene und an dieser Stelle aus Platzgründen nicht erläuterte Periodisierung geben u. E. vielleicht Anregung für die weitere Diskussion. In diesem Zusammenhang sei auf zwei weitere Probleme verwiesen, welche hier ebenfalls nur

20 Unter »systemkonform« soll hier die Übereinstimmung mit dem Gesellschaftssystem Sozialismus, unter »administrationskonform« die Übereinstimmung mit den Hauptlinien der Politik der Honecker-Administration verstanden werden.

angedeutet werden können. Es ist zum einen das Verhalten der Masse der Bevölkerung, welche nach Erkenntnissen der Autoren in ihrer Haltung und Aktivität im Verlaufe des Umbruchs nicht nur stark politisiert wurde, sondern sich auch in hohem Maße und mit großer Dynamik politisch differenzierte, zu unterschiedlichen Zeiten verschiedenen politischen Gruppierungen folgte und damit wechselnde Mehrheiten schuf. Das zweite Problem besteht u. E. in der regionalen Verschiedenheit der Umbruchabläufe. (Allein die Auswertung des Demonstrationsgeschehens verweist ziemlich deutlich auf eine Sachsenspezifik, ein Nord-Süd-Gefälle, Unterschiede zwischen Stadt und Land u. a. m.)

Möge der wissenschaftliche Streit über diese und andere Fragen zukünftig zunehmen und vielleicht zu völlig neuen Erkenntnissen führen. Unbestritten sein sollte, was Carl Friedrich von Weizsäcker im Frühjahr 1990 in der Ost-Berliner Staatsoper sinngemäß so formulierte: *»1989 wird in der Geschichte ein unvergeßliches Jahr bleiben. Als ein Beispiel für den gewaltlosen Kampf um Demokratie und Selbstbestimmung. Dieser Weg stellt ein unvorhergesehenes und erschütterndes Geschenk für die Menschheit dar, das unwittert bleibt von fort-dauernder Gefahr. Seine wirkliche historische Bedeutung erschließt sich wohl erst kommenden Generationen.«*